

* Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen hielt im „Rheingold“ zu Berlin unter starker Beteiligung aus dem Reiche eine Gesamtvorstandssitzung ab. In der Eröffnungsrede schilderte der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, die augenblicklichen Ernährungsverhältnisse und warnte vor übertriebenen Hoffnungen in bezug auf die Zufuhr aus der Ukraine, die infolge der dortigen ganz ungeordneten und unsicheren Verhältnisse erhebliche Schwierigkeiten bereite.

In dem Tätigkeitsbericht wurde u. a. ausgeführt, daß die Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher bei der Reichsbeschleiddungsstelle nicht immer leicht gewesen sei. Doch habe man immerhin die Zusage erhalten, daß durch schärfere Ueberwachung der Altleiderverwertungsstellen und ihrer Preispolitik den vielfach gerügten Mischständen abgeholfen werden solle. Die bedenklichen Mischstände, die sich im Alt- und Reumöbelhandel herausbildeten, gaben dem R. f. L. Veranlassung, einen besonderen Ausschuss für diese Frage einzusetzen, ebenso ist beabsichtigt, für die Behandlung der Wohnungsfrage eine Kommission zu bilden, die in engster Fühlungnahme mit dem „Deutschen Wohnungsausschuss“ arbeiten soll.

Am 2. Verhandlungstage sprach Herr Bruno Döhl über die „Uebergangswirtschaft in der Nahrungsmittelversorgung“. Der Vortragende bezeichnet als notwendig nach der langen Zeit der Entbehrung eine reichere Ernährung in der Uebergangszeit und lehnte dafür alle Einfuhrbeschränkungen aus Natutarückichten ab. Er forderte ferner einen Preisabbau und eine Steuerpolitik, die nicht auf eine Bekämpfung, sondern auf eine Verbilligung der Lebensmittel hinziele, und gelangte deshalb zu einer Ablehnung der neuen Warenumsatzsteuer.

In der anschließenden Erörterung wurde immer wieder betont, daß die Vertretung der Verbraucherinteressen in der Uebergangswirtschaft und in der Friedenswirtschaft genau so notwendig sei wie in der Kriegszeit, und daß die Umwandlung der losen Organisation, wie sie der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen jetzt darstellt, in eine öffentlich rechtliche Körperschaft (Konsumentenkammer) eine Notwendigkeit sei.